

# Pöfener Zeitung.

Das  
Abonnement  
beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Pöfen 1 Rthlr., für ganz Preußen  
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Insertionsgebühren  
1 Sgr. 3 Pf. für die vierge spaltene  
Zeile.

N<sup>o</sup> 210.

Sonntag den 9. September.

1849.

Berlin, den 8. September. Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin, so wie Ihre Hoheit die Herzogin Karoline und der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, sind nach Neu-Strelitz abgereist.

Der Rechts-Anwalt Prinz zu Laasphe ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Neuwied für den Bezirk desselben, mit Einschluss der von dem Kreisgerichte ressortirenden Gerichts-Kommis-sionen, unter Beilegung des Notariats im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein und mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Neuwied, versetzt worden.

## Deutschland.

Berlin, den 7. September. Hessen-Darmstadt ist dem Dreikönigsbündnisse beigetreten, die Notification ist heute hier eingetroffen.

Von den in Gollnow befindlichen Mannschaften der 2. und 4. Compagnie des 20. Landwehrregiments haben am 25. v. M. 21 Unteroffiziere, 7 Spielleute, 269 Wehrmänner und 11 Trainsoldaten die Waffen wieder erhalten. Noch unbewaffnet sind 8 Unteroffiziere, 1 Spielleute und 51 Wehrmänner geblieben. Diese 60 Mann sind bei den wegen militärischer Verbrechen und Vergehen noch schwebenden Untersuchungen, deren Anzahl sich auf 20 belaufen soll, mehr oder weniger betheiligt. Hieraus ergibt sich, daß der, ungegründete Vorwurf gegen die Untersuchungs-Commission enthaltende Artikel in der Beilage zu Nr. 207 der Königsberger Zeitung, wonach es sich nur um Bestrafung zweier Unteroffiziere handeln soll, und die Untersuchung eine rein politische geworden sei, auf Unwahrheit beruht.

Königsberg, den 4. Sept. In Folge der Aufforderung an die Geistlichen und Schullehrer der Provinz Preußen, auf ihre Exemption von der Klassensteuer nach dem Beispiele einiger Kreise der Provinz Brandenburg, Verzicht zu leisten, haben dem Vernehmen nach eine nicht unbedeutende Anzahl von Geistlichen verschiedener Diözesen sich dazu bereit erklärt. In wiefern diese so allgemein der Fall ist, wie Schreiben aus Gumbinnen, Rast und Flatow uns melden, wo sämtliche Geistliche der betreffenden Diözesen sich für verpflichtet erachtet haben, an den Staatslasten Theil zu nehmen, vermögen wir nicht anzugeben, bezweifeln es aber, da nach den Disputationen, die öffentlich und privatim mit einiger Lebhaftigkeit darüber geführt sind, ein Theil der Geistlichen, die Exemption von der Klassensteuer als einen Theil ihres Einkommens ansieht, ein anderer die Befreiung als ein Privilegium betrachtet, welches der Klassensteuer nachfolgt zu präjudicieren. Es ist dies eine Auffassung, welche der Gleichstellung aller Staatsbeamten, als welche die Geistlichen und Schullehrer doch auch zu betrachten sind, zuwiderläuft. Allerdings verkürzt eine jede Steuer das Einkommen, aber diese Schwächung hat jeder Staatsbeamte zu tragen, der von seinem bestimmten Einkommen, und gemäß demselben eine Abgabe entrichten muß, und bleibt es sich wohl ganz gleich, ob dasselbe aus der Staats- oder Gemeindefasse fließt, oder durch Naturalieferungen gebildet wird. So wenig bisher irgend einem andern Beamten dafür irgend eine Entschädigung zu Theil geworden, oder von demselben beansprucht ist, kann demnach auch bei den Geistlichen und Schullehrern davon die Rede sein, und die Einkommensteuer, welche voransichtlich in Ausführung kommt, wird schwerlich irgend welche Ausnahme enthalten, sondern das als Pflicht fordern, was jetzt der freien Entschließung anheimgestellt ist. Die Befreiung aber, daß durch eine freiwillige Uebernahme der Klassensteuer der freie Entschluß des Amtsnachfolgers gebunden würde, erledigt sich durch die Natur der Steuer, welche eben nur persönlich ist, und deren Zahlung, weil sie freiwillig übernommen wurde, auch wieder eingestellt werden kann, im Fall, was wir aber nicht glauben, die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer nicht beliebt werden sollte.

Köln, den 5. September. Zu den Preussischen Abgeordneten der deutschen National-Versammlung, welche dem Parlament nach Stuttgart gefolgt waren und an dem dort gefassten Beschlusse über die Reichs-Regentschaft Theil genommen hatten, gehörte auch der Abgeordnete Bernbach. Gleich anderen wurde er bei seiner Rückkehr nach Preußen angeklagt und verhaftet. Am 22. August hatte die Anklagekammer des hiesigen Appellhofes in dieser wichtigen Frage das Urtheil zu sprechen. Es ist günstig für den Angeklagten ausgefallen; der Gerichtshof hat die National-Versammlung, auch in ihrer Stuttgarter Periode als formell rechtmäßig anerkannt. Das Urtheil lautet:

In Untersuchungen wider Adolph Bernbach, beschuldigt: „am 6. Juni d. J. zu Stuttgart sich mit Anderen an einem Complot zum Zwecke des Umsturzes und der Veränderung des deutschen Bundes, insbesondere der Preussischen Staatsverfassung, so betheiligt haben“, — nach Verlesung der betreffenden Aktenstücke 2c., geht, „die Anklage zu erkennen und den Angeklagten an den Appellhof in Köln zu verweisen“ — in Erwägung, daß nach dem Gesetze vom 30. Sept. 1848 kein Abgeordneter wegen seiner Bestimmungen in der Reichs-Versammlung oder wegen der bei

Ausübung seiner Befugnisse gethanen Aeußerungen zu irgend einer Zeit gerichtlich verfolgt werden darf, daß eine Auflösung der deutschen National-Versammlung als solcher bis zum 6. Juni d. J. nicht erfolgt war, dieselbe vielmehr durch ihre, formell wenigstens nicht ungültigen Beschlüsse vom 1. und 25. Mai 1849 ihre Permanenz bis zum Zusammentritte des Reichstrages erklärt, die Verlegung des Sitzes von Frankfurt nach jedem anderen Orte, und namentlich nach Stuttgart, Vorgehen und der Rest des Parlaments sich in beschlußfähiger Anzahl bis zum 6. Juni d. J. erhalten hatte; — daß unter diesen Verhältnissen der Beschuldigte Veranlassung hatte, sich noch als Abgeordneten der Reichs-Versammlung und als solcher unter dem Schutze des oben erwähnten Beschlusses vom 30. September 1848 stehend zu betrachten: — aus diesen Gründen hebt der Appellations-Gerichtshof den vom Königl. Landgerichte zu Köln erkannten Leibverhaftsbefehl vom 23. v. M. hiermit auf, setzt den Beschuldigten außer Verfolgung und verordnet, daß er sofort in Freiheit gesetzt werden soll, wenn er nicht noch aus anderen Ursachen verhaftet ist.

Der General-Procurator hat gegen dieses Urtheil Appellation eingelegt, und der Angeklagte befindet sich deshalb noch in Haft. Man ist gespannt, welches Urtheil der Cassationshof in dieser wichtigen Sache sprechen wird.

Glücksburg, den 1. September. Dem Ham. Corr. wird, zur Verichtigung falscher Darstellungen des ersten Auftretens der Schwedischen Truppen in Glücksburg, Nachstehendes mitgetheilt: „Das späte Eintreffen der Schweden am Tage ihres Einzugs in Glücksburg war veranlaßt theils durch die große Ueberladung der Schiffe mit Truppen, wodurch die Dampfstraßen an ihrer gewöhnlichen Wirkung gehindert war, theils durch die den Schweden selbst völlig unerwartete und sehr befremdliche Weigerung des Booten, die Schiffe weiter in den Glücksburger Hafen hineinzuführen, da er befürchten mußte, mit denselben auf den Grund zu geraten. Aus weiter Entfernung mußten nun die Truppen auf kleineren Fahrzeugen allmählig aus Land gesetzt werden, so daß bis spät Abends erst circa 300 Mann ausgeschifft waren. Während der abscheulichen, auch jetzt noch fortgesetzten Raubanfälle auf Leben und Eigenthum der deutschgesinnten Einwohner waren natürlich anfangs die Schwedischen Wachmannschaften durchaus nicht orientirt; die davon in Bewegung gesetzten Patrouillen bekamen die Instruction, — da das etwaige Begehren einzelner bedrohter Bürger „ohne Legitimation“ nicht erfüllt werden konnte, ohne die noch sehr geringe Mannschaft zu zersplittern und die ordnungsmäßige Hilfe unmöglich zu machen — auf geschickte Requisition von Seiten der Polizei augenblicklich auf das kräftigste einzuschreiten. Daß dadurch an einzelnen bedrängten Stellen die Hilfe erst erscheinen konnte, nachdem vielfacher Anruf ausgeübt war, lag in der Natur der Sache. Seit jenem unheilvollen Abend haben unablässig in Bewegung bleibende starke Patrouillen alle öffentlich hervortretenden pöbelhaften Unthaten zu verhindern gewußt. Daß noch hin und wieder einzelne Deutschgesinnte hinterücks der Gemeinheit feindlicher Nachstellungen ausgesetzt gewesen sind, kann den Ordnung haltenden Truppen nicht zur Last gelegt werden. Ueberhaupt machen die Schwedisch-Norwegischen Krieger (die geborenen Schweden meistens ältere, verheirathete Leute) durch ihren gestillten Ernst, mit zuvorkommend höflicher Freundlichkeit verbunden, allgemein einen sehr vortheilhaften Eindruck. Dem ganzen Schwedischen, aus 4000 Mann bestehenden Truppen-Corps ist der strengste Befehl gegeben worden, allen Orten und in jeder Beziehung die vollkommenste Neutralität zu bewahren. Die neuerdings in öffentlichen Blättern verbreitete Nachricht, daß sich unter dem Schwedischen Offizier-Corps auch Dänische Offiziere befinden, widerstreitet so sehr der Wahrheit, daß im Gegentheil einem Schwedischen, im letzten Feldzuge in Dänischen Diensten gestandenen Offizier a. D., der den dringenden Wunsch gehabt hat, jetzt mit nach Schleswig zu gehen, eben deshalb sein Begehren abgeschlagen worden ist, um zu zeigen, daß man Schwedischerseits Willens ist, bis zu dieser äußersten Grenze hin die strengste Neutralität festzuhalten.“

Frankfurt a. M., den 4. September. Voller zwei Tage haben die Offiziere sowohl als die Musikkorps der Garnison bereit stehen müssen zum Empfange des zurückkehrenden Erzherzog Reichsverwesers; gestern Vormittag traf endlich ein Courier ein, welcher seine Ankunft in den späteren Nachmittagsstunden bestimmt verkündete. Um 4 Uhr war Alles bereit. Das Reichsministerium, die beiden Bürgermeister, die Generalität und das ganze Oesterreich. Offiziercorps waren in dem Hotel auf der Gr. Eschenheimer Gasse versammelt, vor dem Hotel waren als Ehrenwacht rechts eine Compagnie vom Oesterreich. Bataillon Palombini mit der Musik des Frankfurter Linienbataillons, links eine Compagnie vom Preuss. 30. Infanterie-Regiment mit der Regiments-Musik, beide mit ihren Fahnen, aufgestellt, in den Straßen begann es zu wogen und zu drängen. Stunde aber verging auf Stunde, noch immer harrete die Menge vergebens und beschäftigte sich einweilen damit, zu den Fenstern des erzherzoglichen Hotels hinauf zu schauen, an welchen mit selbigem Lächeln der kleine Reichsminister der Justiz, Herr Detmold, sich zeigte und beharliche, aber vergebliche Anstrengungen machte, mit mehr als dem oberen Theile seines Kopfes über die freilich für eine normale Statur berechnete Brüstung herüberzuraugen. Endlich, es war fast 7 Uhr geworden, nahte der einfache

Reisewagen, der den Erzherzog zurückführte. Die Menschenmasse, welche die Fenster auf der Zeil und in der Eschenheimer Gasse füllte, war um ein Spektakel ärmer; der Erzherzog hatte die Straßen ganz vermieden und war um die Stadt herum durch die Promenade gefahren; er fiel nicht bloß dem Publikum, sondern auch der militärischen Ehrenwacht wörtlich in den Rücken. Die Trommeln wirbelten, die Musik rauschte, die Fahnen senkten sich, und unter dem Schwenken aller Hüte und dem lauten Grusse der Menge fuhr er in sein Hotel ein, um alsbald an einem der obern Fenster zu erscheinen und, noch die Reisemühe in der Hand, wiederholt und freundlich seinen Dank auszusprechen. Die Ehrenwacht wurde sofort entlassen. Noch war keine halbe Stunde verfloßen, als von der Zeil her ein Wagen durch die dichte Menge rollte und vor dem Hotel des Erzherzogs hielt; der Schlag öffnete sich und die hohe Gestalt des Prinzen von Preußen erschien, den erlauchten Fürsten zu bewillkommen. Der herzlichsten Begrüßung folgte alsbald ein ernstes Gespräch, aber schon nahten sich die sämtlichen Musikkorps der Garnison, des Preussischen 30. Infanterie-Regiments und 8. Kürassier-Regiments, des 3. Baisischen Jäger-Bataillons und des Frankfurter Linien-Bataillons, dem Erzherzog ihren militärischen Gruß zu bringen; dann zog sich der von der Reise Ermüdete in seine Gemächer zurück. Im Publikum ist derselbe noch nicht sichtbar gewesen. Der Prinz von Preußen dagegen ist auch heute wieder auf der Parade erschienen, auf welcher, nachdem seit Kurzem die Einrichtung getroffen ist, daß nicht mehr einzelne Abtheilungen aller Truppentheile, sondern jedesmal ein ganzes geschlossenes Bataillon die Wachen bezieht, die Bayern aufgestellt standen. Bei der Spannung, mit welcher man jetzt der Gestaltung unserer nächsten Zukunft entgegensteht, achtet man auch auf scheinbare Kleinigkeiten, und so konnte man heute die Bemerkung machen, daß der Prinz den Kommandeur des Baisischen Bataillons mit besonderer Freundlichkeit ausnahm. Gegen das Ende der Parade erschien Prinz Friedrich von Hessen, Königl. Preussischer General-Lieutenant à la suite der Armee, seinen fürstlichen Verwandten zu begrüßen. Auch General v. Peucker, seit seinem Abtreten vom Kommando des Neckarcorps dem Generalstabe des Oberfeldherrn zugetheilt, und seit gestern in Frankfurt, war zugegen. (D. R.)

Mainz, den 1. September. (D. R. A. Z.) Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen ist heute Vormittag um 10½ Uhr unter dem Donner der Kanonen der Reichsfestung hier angekommen. Auf dem Schloßplatz war die beiderseitige Befassung in Parade aufgestellt, welche der Prinz, von dem Hurrahruf der Preussischen Truppen begrüßt, musterte, wonach sämtliche Truppen, vom Vice-Gouverneur und Festungs-Kommandanten Sr. Königl. Hoheit vorgeführt, vorüberdefilirten. Da die Oesterreichische Regiments-Musik gegenwärtig im Schloß Schaumburg, Besingung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Stephan, sich befindet, so spielte die Preussische Regiments-Musik die Oesterreichische National-Hymne beim Erscheinen des Prinzen von Preußen. Nach Besichtigung der Festungswerke wird Se. Königl. Hoheit wieder nach Frankfurt zurückkehren.

Rastatt, den 3. September. Heute war nach einwöchentlicher Pause wieder das erste Standgericht. Der Angeklagte war Jacobi aus Mannheim. Seine ganze Geschichte läßt sich kurz zusammenfassen und zurückführen auf die schon mehrfach dagewesenen Momente: Betheiligung an früheren Aufständen, Thätigkeit vom Beginn der letzten Revolution bis zur Einnahme von Rastatt und Verhalten während der Belagerung. Wegen dieser Ähnlichkeit mit dem Lebenslauf seiner Genossen, wegen Mangels besonderer Auszeichnung oder hervorragender Stellung, bot der Prozeß des Angeklagten nicht so viel Stoff zum Interesse, wie seine Vorgänger, daher die Verhandlung nicht so zahlreich besucht und nicht so aufmerksam bis an's Ende verfolgt ward, um so mehr, als sie sich von 9 Uhr Morgens bis 1½ Uhr Nachmittags ausdehnte, eine im Vergleich zu den früheren standgerichtlichen Verhandlungen unerhört lange Zeit. Der Verteidiger zeigte durch die Lauheit und Gleichgültigkeit seines Vortrags, daß er für Jacobi wenig zu sagen wußte. Er suchte sich hauptsächlich daran zu halten, daß einer der Hauptentlastungszeugen, auf den Jacobi am meisten Werth legte, wegen Krankheit nicht zugegen war; sein Hauptmilderungsgrund war der, daß schon so viele Todesurtheile in dieser neuesten Zeit ausgesprochen worden, man also jetzt darin nachlassen sollte. Nach einer kurzen Ermahnung des Staats-Anwalts an das Standgericht und nach einer halbstündigen Berathung des Gerichts verlas der Präsident desselben das einstimmige Todesurtheil über Jacobi, welches dieser ganz ruhig vernahm, und welches morgen früh zum Vollzug kommen wird. Es werden, wie wir hören, in dieser Woche noch 3 standgerichtliche Verhandlungen stattfinden.

## Oesterreich.

Wien, den 4. September. Man schreibt aus Belgrad (25. Aug.) Was wir hier über Bem's und Dembinski's Haltung in den ereignisvollen Tagen der letzten Zeit hören, deutet darauf hin, daß sie, weit entfernt Görgey nachzuahmen, lange zur verzweifeltsten Gegenwehr entschlossen waren. Sie hatten, das Corps Guponi mitbegriffen, noch 60,000 Mann zur Disposition. Die Flucht Kossuth's mit Bathanyi, Mészáros, Szemere nach der türkischen Grenze setzte jedoch diese Führer in solche Verwirrung, daß sie den Gedanken an Widerstand rasch aufgaben. Die polnische und italienische Legion unter Wysocki und Benigky hat bereits auf serbischen Boden nach Ablegung der Waffen freien Durchzug erhalten, und bewegt sich von Zetelam gegen Widbin. — Kossuth sammt Genossen fand seine Aufnahme bei dem Pascha



von Abo Kalesi, unterhalb Orsova, und setzte mit einer sehr wohl ausgerüsteten Barke, welche ungefähr vierzig Mann faßte, donauabwärts seine Flucht fort. Die Barke führte die türkische Flagge.

Wien, den 5. September. Die Unterhandlungen wegen Uebergabe der Festung Komorn sind nach den letzten, bis zum Schlusse unseres Blattes hierher gelangten Meldungen abgebrochen. Unter dem Vorsteher Klapka wurde in der Festung ein Kriegsrath gehalten, an welchem mehrere stark gravirte Civilcommissaire Theil nahmen, und der Entwurf eines Uebergabevertrages berathen, der Bedingungen enthält, wie sie nur ein Sieger dem geschlagenen Gegner dictiren kann. Ein Paragraph lautet unter anderem: „Dem Magyarischen Volke wird volle Amnestie gewährt.“ Klapka bemühte sich vergebens vernünftige Amendements zum Beschlusse zu bringen. Die erwählten Civilcommissaire nannten ihn geradezu einen Landesverräter. Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Vertrag nicht angenommen werden konnte. Wir hören auch, daß J. M. L. Eszrich bereits den Befehl erhielt, die Truppen in die Gernierungsposten rücken zu lassen.

(Const. Ztg.)

Die „Innsbrucker Ztg.“ theilt mit, daß, weil nach der neuen Einrichtung der Oesterreichischen Gymnasien die sogenannten zwei philosophischen Kurse weggelassen, in dem Lehrplane aber von Logik und Metaphysik keine Meldung geschieht, die „katholischen Blätter“ in ihrer Nummer vom 24ten v. M. „begierig sind, zu wissen, ob diese zwei unerlässlichen und allernothwendigsten Disciplinen ganz weggelassen oder ob sie die Lectüre von Göthe und dergleichen Wüßlingen ersetzen soll.“

Prag, den 1. September. Nach vielem Andrängen der Presse ist nun die Rechnung über die, bei dem Wenzel-Comité im verfloßenen Jahre zu Gunsten erwerblos arbeitender Arbeiter eingesammelten Unterstützungsgelder veröffentlicht worden. Es waren 33,026 fl. eingegangen, und von diesem Gelde erscheinen 17,773 fl. zu dem eigentlichen Zwecke verwandt, während der Rest von 15,253 fl. theils noch vorhanden ist, theils aber auf die unverantwortlichste Weise verschwendet wurde. So verausgabte man von diesen, den erwerblosen Arbeitern gewidmeten Geldern 4383 fl. 52 kr. für die Reise der in den März- und Maitagen nach Wien abgegangenen Bürger-Deputationen. Daß es sich diese Herren auf Kosten der armen Arbeiter recht wohl gehen ließen, beweisen folgende Posten der Rechnung, als: Nachtlager in Olmütz 65 fl., Rechnung im Matschakerhofe in Wien 1550 fl. 12 kr., Rechnung des Nachtlagers in Wildschwert 400 fl., Honorar an das Bahnhof-Perfonal (?) 200 fl., Herrn Jaster, unter Mitfertigung des Herrn Trojan, zur freien Disposition 150 fl., Herrn Fritsch zur Versorgung von Reise-Kleinigkeiten, als Cigarren, Eigarren, Trinkgelder u. dgl. 163 fl. 46 kr., Herrn Jaster zur Deckung der Reise-Auslagen für die zweite Deputation nach Wien 1589 fl. 54 kr., darunter für Quartier, Speisen und Getränke in Wien 602 fl. 58 kr., für das National-Costüm des Herrn Jaster nebst weiteren 6 Paar Hosen und 6 Paar Topanten 373 fl. 48 kr., für kleine Verproviantirung auf der Hin- und Herreise 157 fl. 56 kr., zur Adjutirung der Deputirten 215 fl. 50 kr., darunter 124 Ellen Kreuzbänder, 14½ Ellen Ordensbänder, 30 Stück Ripsbinden, 25 Ellen Moirébänder, 5 Dugend Handschuhe, 6 Ellen Ordensbänder, 11 Ellen Kreuzbänder, 200 Cocarden, 235 Stück Rosen, 20 Ellen weiße, 20 Ellen rothe Bänder.

Pesth, den 31. August. (Kloyb.) Es ging ein Gerücht, daß die Pesther Universität nach Tyrnau verlegt werden wird, was sich aber nicht bestätigt. Vielmehr werden die diesjährigen Vorlesungen mit Anfang November beginnen. Freilich heißt es jetzt noch immer, daß das Seminar, das medizinische Fakultäts-Gebäude und die Industrie Schule provisorisch in Kasernen umgewandelt werden, weil vor der Hand die jetzigen Kasernen ausschließlich als Spitäler für die vielen Verwundeten und Kranken dienen können und die Josephs-Kaserne (Neugebäude) als Staatsgefängnis benutzt wird. Inzwischen beginnt aber doch bereits eine heilsame Reorganisation des Schulwesens, die sich in verschiedenen neuen Ernennungen kundthut.

Pesth, den 1. September. Vor einigen Tagen wurden sämmtlichen Professoren der Universität von Seiten der Central-Untersuchungsbehörde folgende Fragepunkte zur Beantwortung vorgelegt: 1) Ob sie die Huldrigungs-Adresse an die nach dem 14. April fortbestehende revolutionäre Regierung eigenhändig unterzeichnet, und welchen Antheil sie an der, Behufs der Abfassung jener Adresse angeordneten allgemeinen Sitzung, genommen? 2) Welcher von den Herren Professoren, deren Söhne oder Mündeln eine Civil- oder Militärsstelle unter der genannten Regierung angenommen, und in welchem Verhältniß dieselben überhaupt zu ihr gestanden? 3) Welche Umstände die etwa compromittirten Professoren zu ihrer Rechtfertigung oder Entschuldigung anführen können? Allgemein bezeichnete man den Juris-Prof. J. als den Verfasser der fraglichen Adresse, während Andere sich bei der Diskussion über dieselbe des Ausdrucks „tyrannische Regierung“ bedient haben sollen. Gewiß ist, daß Professor Bugat, Chef des Civil-Medicinalwesens unter dem republikanischen Regime so wie der Chemie-Prof. Neutwich, in richtiger Voraussicht dessen, was da kommen mußte, unsere Stadt verlassen; in wiefern aber das Gerücht begründet ist, demzufolge noch einige andere unserer vorzüglichsten Professoren den meist Gravitäten anzureihen wären, muß die nächste Zukunft entscheiden. — Ueberhaupt sieht man einer radicalen Spuration unseres Universitäts-Personals entgegen. Eine andere Neuerung die man damit in Verbindung bringt, ist die Vortrennung einzelner Facultäten von ihrer Mutter-Universität und deren Versetzung nach andern Städten. Namentlich sollte Tyrnau der Sitz der juristischen Facultät werden. Soviel ich jedoch einer zuverlässigen Quelle entnehme, scheint man im Ministerium noch nicht daran gedacht zu haben.

In einer gestern Abend erschienenen Rundmachung gaben die Behörden der Stadt Pesth bekannt, daß Se. Excellenz der Feldzeugmeister die ihm zugebachte Freundschaft durch das Erlernen beider Städte als geschähen entgegengenommen, und sich durch jenes Vorhaben sehr geschmeichelt und geehrt finde. Se. Excellenz

wird diese ausgesprochene dankbare Anerkennung am meisten in der weiteren Aufrechterhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung anerkennen. Hierdurch unterblieben mehrfache theils schon in allen Details vorbereitete Begrüßungsfeierlichkeiten, und wurde bloß die Promenade, wo Morelly spielte, und das Nationaltheater erleuchtet. Der Feldzeugmeister erschien in der letzten Salvo mit Orden geschmückten aber einfachen Generalsrock, und wurde von schallenden Lebehochs empfangen. In demselben Augenblicke flog der Vorhang in die Höhe, das Bild Sr. Majestät war in der Mitte auf einem hohen Piedestal aufgestellt, und der im Halbkreise herumstehende Sängerkhor stimmte die Volkshymne an. Nach der letzten Strophe sprang plötzlich am Fuße des Kaiserbildes eine Feder auf, zwei Genien mit Lorbeerkränzen waren erschienen, die über das Haupt des siegreichen Feldherrn sich hinneigten. Der Feldzeugmeister war bei diesem Anblicke von großer Freude ergriffen, und verneigte sich freundlich nach allen Seiten. Nach dem ersten Acte der aufgeführten Pöce (Hermann und Dorothea) verließ Se. Exc. die Loge.

— Olmay (Auffenberg), der in Arad standrechtlich gehängt wurde, soll mit vieler Kaltblütigkeit zum Tode gegangen sein. Jener Redacteur, der bei dieser Gelegenheit ebenfalls schon auf dem Richtplatz stand, aber wieder abgeführt wurde, war Johann Vangha, Insurgenten-Major, der in der ersten Revolutions-Epoche die Preßburger Zeitung redigirte, und sich später dem kaiserlichen „Ungar“ als Mitredacteur anschloß.

— Gestern wurden die beiden Schwestern, Baronessen Drey und Gekovics verhaftet. Auch zwölf Mitglieder der Altofer Jerseliten-Gemeinde wurden Donnerstag spät am Abend eingezogen.

— Laut Anzeige des Militair-Platzcommandos vom gestrigen Datum betrug die Summe der am selben Tage auf dem neuen Marktplatz öffentlich verbrannten Kossuthnoten 142,071 fl. Im Ganzen wurden bis zum heutigen Tage hierorts Kossuthnoten im Betrage von 1,473,043 fl. 36 kr. vertilgt.

— Heute wird die Ankunft des Obercommandanten Feldzeugmeisters im Nationaltheater auch vom Ungarischen Schauspielersensemble gefeiert. Bei Beleuchtung des äußeren Schauplatzes wird „Nabucodonosor“ von Verdi aufgeführt. Auch heute werden Gedichte und passende Devisen ausgetheilt werden.

Pesth, den 2. September. Die gestern Abend im National-Theater zu Ehren der Ankunft Sr. Exc. des Herrn Ober-Commandanten-Feldzeugmeister veranstaltete Vorstellung des „Nabucodonosor“, von Verdi, fand bei Beleuchtung des äußeren Schauplatzes und einem gedrängt vollen Hause statt. Es waren viele russische Offiziere in Loge und Parterre anwesend, was bei allen Opern-Vorstellungen in dem kleinen Theater auf der Kerepeser Straße der Fall ist. Kossuths Schwager, Ruffay, ist in Debreczin festgenommen worden. Das Gerücht von einer Gefangennahme der übrigen Familienglieder Kossuths, die in der Bakony stattgefunden haben soll, findet hier keinen Glauben. Der vor mehreren Wochen festgenommene Israeliten-Gemeinde-Commissair Nathan ist von der Untersuchungs-Commission wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er war angeklagt, einen Theil des Pesther Landsturms im September v. J. organisiert zu haben, aber der alte Soldaten-Invalide, der mehrere Tapferkeits-Medaillen auf der Brust trägt, soll sich in seiner natürlichen Offenheit damit entschuldigt haben, daß er auf gegebenen Obrigkeit's-Befehl damals dem nach Vespri abgegangenen Palatin, Erzherzog Stephan, nachfolgen zu müssen glaubte.

Aggram, den 31. August. Aus Semlin wird dem Slavenski Zug vom 27. August geschrieben: „Gestern wurde auf Anordnung Sr. Excellenz des Vans, die octroyirte Verfassung hier publizirt. Von acht bis neun Uhr Morgens spielte die Kapelle der hiesigen Nationalgarde vor dem Magistratsgebäude und versammelte das Volk durch ihre Musik. Bald darauf erschien der Bürgermeister und verlas das Dekret, durch welches der kaiserliche Reichstag aufgelöst wird, zuerst in Deutscher und dann erst in Serbischer Sprache; hierauf wurde die Verfassung ebenfalls zuerst in Deutscher und dann in Serbischer Sprache verlesen. Zum Schlusse wurde in der Griechischen Kirche ein Te Deum abgehalten, wobei sich Herr General Mayerhoffer mit dem sämmtlichen Offiziers-Corps und die Mitglieder des Verwaltungsrathes einfanden.“

### Frankreich.

Paris, den 3. September. In den Reihen der Armee, der Nationalgarde und des Klerus soll, wie dies schon in Lyon geschähen, eine Subskription eröffnet werden, um dem General Dubinet einen Ehrensäbel zu schenken. Der Griff desselben von massivem Golde wird mit religiösen und militairischen Attributen verziert werden. Auf beiden Seiten der Klinge werden die Worte: „Dubinet von Reggio, Einnahme von Rom“ zu lesen sein. Der Papst wird, wie es heißt, diesen Ehrensäbel vorher einsegnen.

— Die Regierung will die Erzbischöfe und Bischöfe in einem Rundschreiben auffordern, die Vorsteher der religiösen Orden beiderlei Geschlechts zur Errichtung von Ordens-Instituten in Frankreichs Afrikanischen Kolonien zu vermögen, da sich dort der Nutzen dieser Anstalten bewährt hat.

— Die „Republique“ bedauert in einem langen Artikel die Ausweisung der fremden Deutschen und erzählt, daß einer derselben, H. Blind, dem Präsidenten einen sehr sarkastischen Deutschen Brief geschrieben habe.

Paris, den 4. September. Nach dem Moniteur wurde der Präsident auf seiner Reise nach Eprenay überall mit Enthusiasmus empfangen. Unter den 200 Personen, die ihn begleiteten, befanden sich Lacrosse, Minister der öffentlichen Arbeiten, General Rulhière, Kriegs-Minister Voutay, Vice-Präsident, Leon Faucher, Baroche, G. Lafitti, Pereira u. A. Im Meaur hörte man, dem Journal des Débats zufolge, häufig den Ruf: Es lebe die Republik! als

der Präsident über die Nationalgarde und ein Kürassier-Regiment Heerschau hielt, vor allem von Seiten der Bürger-Artillerie. Sonst erschallte nur der Ruf: Es lebe Napoleon. In Ferre und Chateau Thierry rief man bei der Heerschau: Es lebe der Kaiser! In Eprenay war der Einzug sehr festlich. Der Bischof von Chalons segnete die Lokomotive ein, der Präsident hielt über die Nationalgarde Heerschau. Dann ging es zum Bankett von 1500 Gedecken. Der Bischof von Maur empfing den Präsidenten in der Kathedrale seiner Diözese und sagte zu ihm u. A., daß, den Lehren Bossuet's gemäß, die Geislichkeit in den politischen Bewegungen den Zuschauer abgebe, sie habe nur zu beten. Der Präsident berief sich in seiner Antwort auf das Beispiel seines Onkels. In Eprenay antwortete der Präsident auf einen Toast des Maire unter anderem: „Indem ich Maur, Herré und Chateau-Thierry berührte und endlich zu Eprenay ankam, erinnerte ich mich der ruhmreichen und kolossalen Kämpfe, die Frankreich gegen das verbündete Europa zu bestehen hatte. Hätte der Kaiser Napoleon die Eisenbahnen zu seinen Diensten gehabt, kein Fremder hätte in Paris seinen Einzug gehalten.“ Um 9 Uhr Abends war der Präsident im Elyse zurück.

— Der National läßt sich aus Mostaganem in Algerien schreiben, daß plötzlich in der ganzen Provinz fast alle von dem Kriegs-Ministerium unternommenen Arbeiten eingestellt worden, weil die Gelder fehlten, und daß ein Gleiches wahrscheinlich überall stattfinden werde. Die von dem Kriegs-Ministerium für die Expedition nach Rom verausgabten Summen, welche die ursprüngliche von der Constituanten votirte Summe bei weitem überstiegen, sollen den für andere Zwecke bestimmten Fonds entnommen worden sein.

— Der „Constitutionnel“ hebt hervor, daß fast überall Männer der gemäßigten Ansicht von den Generalräthen zu Präsidenten ernannt worden seien; dies gelte selbst von jenen Departements, wo demagogische Lehren am meisten Eingang gefunden hätten und wo man bei den Wahlen durchaus nur Sozialisten zu Repräsentanten ernannt habe. Die Einkommensteuer stößt bei den Generalräthen überall auf entschiedenen Widerspruch; von der Verfassungs-Revision ist es noch immer stille.

— Die „Assemblée Nationale“ stellt heute in Abrede, daß Lord Palmerston in der Ungarischen Angelegenheit vermittelnd habe auftreten wollen. „Lord Palmerston“, sagt dieses Blatt, „weit entfernt, sich mit Oesterreich zu überwerfen, sucht im Gegentheil seit einiger Zeit, ihm auf alle Weise angenehm zu sein, um seinen Credit, den er bei den Italienschen Ereignissen eingebüßt hat, ein wenig wieder herzustellen. Zu London drückt Lord Palmerston sich sehr deutlich über die Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 aus, und erkennt das unbedingte Recht Oesterreichs in der Ungarischen, wie in der Venetianischen Frage an. Jetzt bleibt nur noch die Angelegenheit mit der Schweiz übrig, und darin wagt Lord Palmerston keinen Entschluß zu fassen. Es scheint ausgemacht, daß Oesterreich den Kanton Tessin bis zum St. Gotthard besetzen will, und es bringt zu diesem Zweck seine Italienische Armee auf einen bedeutenden Fuß. Es ist darin mit ganz Deutschland einverstanden. Preußen und Rußland werden es unterstützen. England steht in allen dem nur noch eine Handelsfrage, und da es am Ende seine Verbindungen mit Deutschland und Italien doch erhalten will, so wird es alles geschehen lassen. Lord Palmerston soll gesagt haben: Wir können nur gewinnen. Die Oesterreichische Industrie kann uns keine Concurrenz machen, und die Französischen Waaren, in denen die revolutionären Ideen versendet werden, lassen wir leicht ausschließen; dann hat England das Monopol.“

— Von dem Rissenhofe des Obertheins wurde am 31. August der Redacteur der „Volkrepublik“, Schmidt, welcher der Aufreizung zu Haß und Verachtung der Regierung u. angellagt war, unter lautem Jubel der versammelten Volkssassen freigesprochen. Dagegen ward der nicht erschienene Redacteur des „Rhin“ in contumaciam zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Fres. Geldstrafe verurtheilt.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 29. August. Unsere gelehrte Welt hat mehrere Todesfälle zu beklagen. Johann Jakob Hartmann, einer der ausgezeichnetsten Naturforscher und populärer Schriftsteller über Naturkunde, und der Prof. der Theologie in Upsala, Boethius, sind gestorben.

### Italien.

Neapel, den 24. August. Das „Univers“ enthält eine Vorkorrespondenz, wonach daselbst der Papst erwartet wurde. Das königliche Schloß zu Porti, drei Viertelstunden von der Stadt, wurde für ihn eingerichtet. Die Abreise von Gaeta sollte am 2. oder 3. Sept. stattfinden. Die Rückkehr nach Rom schien wegen der Stimmung der Gemüther daselbst und der Anwesenheit von 3 bis 4000 Anhängern der Republik noch in weiter Ferne zu stehen. Die Streitfrage zwischen dem Papst und den Repräsentanten Frankreichs war noch immer nicht gelöst. Sie betrifft den wichtigen Punkt, ob die Consulta, die der Papst seinem Volke geben will, wenigstens in Finanzsachen ein souveränes Votum haben soll oder nicht, d. h. ob die Consulta mit dem Papst die Souveränität theilen soll oder nicht. Der Papst beruft sich auf die Kirchengesetze, die ihm die geringste Entäußerung seiner Souveränität verbieten, und auf die Erfahrung, daß das constitutionelle System bei den Römern zu keiner, dem Sinne der päpstlichen Regierung sprechenden Volks-Repräsentation führt. Man müsse einsehen, daß das constitutionelle System für Rom nur neue Revolutionen und für den Papst nur ein neues Exil vorbereiten würde.

Bologna, den 25. August. Paffis Körper ist noch nicht nach der Stadt zurückgebracht worden, sein Grab wird täglich mit Blumen besäet. Die Nachricht seines Todes erschreckte seine Mutter so beängstigt, daß der Schlag sie rührte, und seine Schwester wollte sich ins Wasser



stürzen. — Die ganze Bevölkerung ist über diese Hinrichtung empört. — Die Polizeibeamten wollten hier einen Mann verhaften, doch die Arbeiter widersetzten sich ihnen. Ein Agent schoss ein Pistol ab, und tödtete einen Vorübergehenden. Die Oesterreicher nahmen den Agenten fest.

### Kammer-Verhandlungen.

Schluss der zwölften Sitzung der zweiten Kammer vom 6. September.

Abg. Reichensperger: Meine Aufgabe ist schwerer als die der vorigen Redner, weil ich nicht allein gegen die Anträge der Kommission, sondern gegen alle vorgebrachten Anträge sprechen muß, um so mehr, als eine Partei durch eine unselbige Uebereilung in diesen Räumen nicht vertreten ist. Ich gehe dabei von eben den selben patriotischen Gefühlen aus, wie der Berichterstatter der Kommission, ich werde auch gegen die Majorität dieser Versammlung diejenige Rücksicht beobachten, die ihr gebührt. Von zwei Standpunkten wurde im vorigen Jahre das Verhältniß der Frankfurter Nationalversammlung und des von ihr geschaffenen Verfassungswerks beurtheilt; von dem einen wurde ihr der konstituierende Charakter zugesprochen, von der andern wurde die Gültigkeit ihrer Beschlüsse von der Zustimmung der Einzelstaaten abhängig gemacht. Dieser Standpunkt theilte sich wiederum in zwei andere, ob diese Zustimmung von den Regierungen oder ob sie auch von den Landtagen ausgehen müsse. Alle diese Fragen sind jetzt bei der Veränderung der Umstände beseitigt, die Revolution ist besiegt, das Prinzip der Vereinbarung hat den Sieg davon getragen. Meine Herren, ich wende mich zu der Frage, ob die Zustimmung zum Bündnisse vom 26. Mai schon jetzt erteilt werden solle. Die Regierung hat sich auf den historischen Standpunkt des früheren Deutschlands gestellt. Ohne Verletzung dieses Rechtsbodens solle der Deutsche Bundesstaat gegründet werden. Die Regierung ist aber diesem Prinzip nicht treu geblieben. Nach dem Entwurfe der drei Königreiche ist den einzelnen Staaten die Selbstständigkeit nach Außen genommen, im Art. 1. und 2. der Wiener Schlussakte ist aber den Deutschen Staaten volle Selbstständigkeit mit gleichen Vertragsrechten zugesprochen worden. Nach Art. 16. dürfen niemals ohne Zustimmung aller Staaten die Stimmen mehrerer Staaten vereinigt werden, auch diese Zustimmung ist in dem Entwurfe ebenfalls verlegt. So ist der Rechtsboden, diese Stütze des Königthums, die Heiligkeit der Verträge gebrochen worden. Wenn dieser Entwurf zur Ausführung kommt, so wird man jenseits des Bundesstaates keine Deutschen mehr übrig lassen, sondern nur Oesterreicher, Baiern, Württemberger. Meine Herren, die vorjährige Bewegung muß ein großes Resultat haben, wenn der Geist der Revolution bezwungen werden soll. Dieser Bundesstaat, der Deutschland in zwei Theile zerreißt, ist aber keine Befriedigung. Die Circularnote vom 2. Mai zeigt diese falsche Stellung Preußens. Das ist nicht die Sprache der sich stark fühlenden Wahrheit. Preußen ist nur stark, wenn es Deutschland zum Hintergrunde, zum Piedestale hat. Es giebt freilich keine Staaten, welche sich auf den Kopf stellen, wie Welcker sagte, wenn es in der Paulskirche beschlossen wird. Wenn man zu diesen in einer solchen Sprache redet, so ist das begreiflich, aber wie sollen die größeren sie hinnehmen? Wenn es sich um die Frage handelt, ob Oesterreich in den Bundesstaat treten soll, so ist dieselbe vom Rechtsstandpunkte leicht zu entscheiden, aber ich glaube auch, daß sie vom politischen Standpunkte dahin entschieden werden müsse, daß Oesterreich nicht von Deutschland getrennt werden dürfe. Meine Herren, das Schwert von Radetzky und Windisch-Grätz hat auch Deutschlands Grenzen gesäubert, die Anarchie von Berlin ist zuerst in Wien besiegt worden. Ich kann daher nur in einem Bundesstaate, von welchem Oesterreich und Baiern nicht ausgeschlossen sind, die Wünsche der Deutschen Nation befriedigt finden. Meine Herren! Man kann sehr leicht die Mängel des Direktoriums hervorheben; allein ich behaupte, daß diese mehr nur in Erhaltung der Ordnung hervortreten, daß für aber auch unter der vielköpfigen Regierung die Freiheit sicherer sein würde. (Erlaunen.) Auch die Siege des Königthums über die Demokratie sind hierbei zu bedenken. Ich erkenne es als eine große Aufgabe, den politischen Dualismus durch die Freiheit zur höhern Einheit zu erheben in der Form des Direktoriums. Handeln wir nach reiflicher Prüfung, dann dürfen wir hoffen, daß auch Gott mit unserm theuern, zerrissenen Lande sein und es zum Segen führen werde.

Abg. Graf Döhrn sucht zuerst den Schrein der Inconsequenz abzuweisen, daß er ein vormaliger Fürsprecher für die Annahme der Kaiserkrone sich jetzt für den Kommissionsantrag habe einschreiben lassen. Der Redner fährt dann fort: Die gegen den Kommissionsantrag hier vorgebrachten Gründe haben mir nicht genügt, mich vielmehr mit der Befürchtung vor einem Zurückgehen zum Alten erfüllt. Die Erklärungen von Sachsen und Hannover sagen ausdrücklich, daß man sich an dem Verfassungsentwurfe nur gebunden erachte, wenn alle Staaten, außer Oesterreich, ihm zutreten würden, sonst aber eine neue Durchsicht sich vorbehalten müßte. Daß unter solchen Umständen in Bezug auf das Deutsche Verfassungswerk eine leise Furcht anwandelt, wird erklärlich sein. Von Baiern liegen gar keine Äußerungen vor; der betreffende Gesandte hat die ganze Zeit auf Instruktion gewartet. (Lachen.)

Die letzte Erklärung Baierns geht dahin, daß es der vorgeschlagenen Verfassung seine Zustimmung nicht geben könne. Wenn der bairische Premier, der von Wien ohne Volkshaus, von Berlin ohne Direktorium abreiste, auf seiner Reise den Rathhausaal zu Tschern besucht hätte, so würde er daselbst die Bildnisse Preussischer Staatsmänner gefunden haben, die sich gegen die Pläne Kaiser Josephs ausgesprochen und erklärten: Das Haus Wittelsbach soll nicht gestrichen werden. (Bravo!)

Was die Äußerungen über Oesterreich betrifft, so muß ich gestehen, daß sie mich nicht, nur meinen Vorredner, mit trauriger Stimmung erfüllen. Wenn der Vorredner dargestellt hat, als wollten alle Oesterreicher aus Deutschland vertrieben, so muß ich dem mit aller Entschiedenheit widersprechen. Niemand hat Oesterreich aus Reichs-Finanzminister: ob nicht Oesterreich den Forderungen der Centralgewalt am wenigsten genügt? — Ich danke Oesterreich, daß es die Union nicht angenommen, und wenn es jetzt die Union verweigert, kann es kommen, daß auch wir einst es für besser halten, die Hand nicht zu bieten. Man spricht von materiellen Vortheilen, die uns durch Oesterreich geboten worden, vielmehr nur eine materielle chinesische Mauer längs unserer Grenze. Auch sagt man immer, daß Oesterreich Germanische Entwicklung nach Osten zu tragen habe. Nun, meine Herren! Prinz Eugen hat kaum ein

Drittheil der Zeit, die er westlich der Oesterreichischen Monarchie im Kampfe zubrachte, an der unteren Donau sich bewegt, und jetzt, im Laufe von 33 Friedensjahren, hat Oesterreich für sich und Deutschland den Handel nach der Donaumündung verloren. In Italien, im Westen kämpft es für sich, in Ungarn muß es einen hohen Alliierten für sich kämpfen lassen. Ich rufe Ihnen daher als Deutscher, als Preuze zu: Stellen wir uns auf uns selbst.

Abg. Bürgers vertheidigt den Kommissions-Bericht. Derselbe weist nach, daß alle Staatenbünde allmählig in Bundesstaaten übergegangen sind, weil sie als solche nicht befriedigt hätten. So die Schweiz, so die Nordamerikanischen Freistaaten. Diese hätten in den ersten zehn Jahren ihrer Unabhängigkeit das Widerspiel des traurigen Zustandes Deutschlands seit 1815 abgegeben. Aber seine Staatsmänner hätten die Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt gefühlt, in Deutschland, welches zwischen zwei gefährlichen Nachbarn, Rußland und Frankreich, eingeschlossen sei, scheine man das schwerer zu erkennen, hier sei es leider nöthig, noch besonders die Zuträglichkeit des Bundesstaates nachzuweisen. (Bravo.)

Abg. v. Bismarck-Schönhausen: Ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht durch eine politische Vorlesung in Anspruch nehmen und de omnibus et quibusdam aliis sprechen, ich will mich auch nicht an Ihr Deutsches Gemüth, sondern an Ihren schlichten Preussischen Verstand wenden. Ich betrachte den Verfassungs-Entwurf als eine Konzeption an jenes Phantom, das man Zeitgeist oder öffentliche Meinung nennt, und womit man den Geist der Fürsten irreleiten sucht, welches wohl lärmender, aber sehr wenig fruchtbarer Natur ist. Es ist ein Wegwerfen der Erungsenschaften des Preussischen Schwertes. Was nun den Punkt betrifft, ob wir dem Ministerium zu seinen fernern Schritten unser Vertrauen aussprechen sollen, so scheint mir derselbe mindestens vorläufig. Wir wissen noch nicht, ob dieses Ministerium, dem wir unser Vertrauen schenken, nicht bald einem Ministerium von Männern weichen muß, welche damals dem König die Kaiserkrone angeboten haben. Ferner, wissen wir, wie die Verfassung aus dem Schmelztiegel der Revision durch den künftigen Reichstag hervorgehen wird? Ehe wir das wissen, möge sich Preußen hüten, seine sämtlichen Aktiva in den Konkurs der übrigen Deutschen Staaten zu geben. (Heiterkeit.) (Redner führt nun eine Stelle aus der Rede des Abgeordneten Camphausen in der ersten Kammer an, in welcher die Opfer aufgezählt werden, welche Preußen an Deutschland zu machen habe.) Der Herr Regierungs-Kommissar, als derselbe die Politik der Regierung rechtfertigte, hat uns von den Verdiensten der Frankfurter Versammlung gesprochen. Meine Herren, nicht der Frankfurter Reichstag, Preussische Regimenter haben den Aufstand am 18. September in Frankfurt niedergeschlagen. (Murren.) Es war das Stadtpreussenthum, der Preussische Schatz, die Wechselwirkung zwischen König und Volk, die angeschamte Treue, die Ehre, der Gehorsam, die Tapferkeit des Preussischen Heeres, von dem Offizierskorps als dem Knochenbau desselben ausgehend, welches Deutschland im Mai vor der Anarchie geschützt hat. Das Preußenlied, der Dessauer Marsch, das sind die Töne, welche dieses Heer begriffen; ich habe nie einen Preussischen Soldaten „Was ist des Deutschen Vaterland“ singen hören? (Murren und Heiterkeit.) Ja, meine Herren, unsere Partei will nicht, daß das Preussische Königthum untergehe in süddeutscher Zuchtlosigkeit. Wollen Sie, daß die Frankfurter Scheere, welche sich in Gotha so schnell in ein friedliches Schwert verwandelt hat, die Fittige des Preussischen Adels abschneide? Preußen sind wir, Preußen wollen wir bleiben. Daher hoffe ich zu Gott, daß wir noch Preußen sein werden, wenn dieses Blatt von Bundes-Verfassung längst vergangen ist. (Bravo von der Rechten.)

Präsident bemerkt dem Redner, daß es unparlamentarisch sei, wie er gethan, Worte von Rednern der ersten Kammer anzuführen. Der Antrag auf Schluss wird genehmigt.

Abg. Schimmel erklärt als persönliche Bemerkung zu den Worten des Herrn v. Bismarck-Schönhausen, daß dieser noch keinen Preussischen Soldaten das Deutsche Vaterlandlied habe singen hören, er habe es von seiner Kindheit an mit Vergnügen gesungen.

Abg. Herrmann erklärt dasselbe. Wenn der König zu seinem Heere sage: Hier ist ein Deutsches Haus auf Grund Preussischer Ehre erbaut, darin sollt ihr einziehen, so wird das Preussische Heer es thun — und mit klingendem Spiel das Lied singen, welches es schon in der Kindersube gelernt habe. (Bravo!)

Ein Polnischer Abgeordneter erklärt im Namen seiner Landleute, daß sie sich in dieser Frage der Abstimmung enthalten werden.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

34te Sitzung der ersten Kammer vom 7. September.

Präsident v. Kuerswald. (Eröffnung 10½ Uhr.)

Am Ministertische: von Strottha, von Rabe, Simons, von Mantusfel.

Durch eine der Petitionen veranlaßt, theilt der Kriegsminister der Kammer mit, daß bei der Preussischen Armee im Ganzen 13 katholische Geistliche angestellt sind, von denen einige noch ausserdem Lehramter bekleiden, 3 noch Civilgewerben vorstehen.

Abg. Wächter verliest hierauf den Bericht der Kommission, betreffend die Sistierung der Verhandlungen über die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse.

Die Kommission beantragt: Die Hohe Kammer wolle beschließen, zu der Deklaration vom 3. Juli d. J. ihre Genehmigung zu erteilen.

Minister des Innern: Das Gesetz vom 9. Oktober führt die Gesetzgebung auf ein gefährliches Feld, indem es die unabhängig gemachten Prozesse sistirt. Es sind dadurch Uebelsände hervorgerufen, welche ein Einschreiten im Wege der Gesetzgebung nöthig machen. (Der Minister verliest einen Brief des Kaufmanns Friedländer an ein Dorfgericht, aus welchem die Sistierung dieser Behauptung hervorgeht.) Das gegenwärtig vorgelegte Gesetz über die Ablösung wird zur Verköhnung der Verpflichtungen und Verhältnissen beitragen. Dieser Zweck würde vereitelt, wenn die Kammer dem Antrage der Kommission nicht beitrifft.

Der Kommissions-Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Heine (Berichterstatter) verliest den Bericht, welcher die Verlängerung der Zahlungszeit der Wechsel in Elberfeld und Barmen betrifft.

Die Kommission trägt keine Bedenken, zu beantragen: Die Hohe Kammer wolle 1) die Dringlichkeit des Erlasses der Verordnung vom 17. Mai d. J. auf Grund des Artikels 105. der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. anerkennen, und 2) zu der vorläufigen Verordnung vom 17. Mai d. J. in unveränderter Fassung, nachträglich ihre Genehmigung erteilen.

Justiz-Minister: Wie in dem Kommissions-Berichte an-

gegeben, ist die getroffene Maßregel die Folge von Zuständen, unter denen auch in anderen Ländern ähnliche Maßregeln getroffen wurden. Ich bin mit dem Antrage der Kommission einverstanden und er ist um so mehr zu empfehlen, als die Verordnung bereits ihrem Zwecke genügt hat und künftighin nur für wenige Fälle zur Anwendung kommen wird. Die Kammer tritt den Kommissions-Anträgen einstimmig bei.

Abg. Walter (Berichterstatter) verliest den ersten Theil des Berichtes der Kommission zur Erwägung der Verordnungen vom 30. Mai d. J., betreffend die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer und den Termin der Einberufung beider Kammern.

Die Anträge der Kommission gehen dahin: die Kammer möge beschließen, das Staats-Ministerium von der Verantwortlichkeit, welche dasselbe durch den Erlass der das Wahlgesetz für die Wahlen zur zweiten Kammer abändernden Verordnung vom 30. Mai d. M. nach Art. 105. der Verfassungs-Urkunde übernommen hat, für entbunden zu erachten und dieser Verordnung, unter Vorbehalt der Revision derselben, ihre Genehmigung zu erteilen. Ferner: Die Kammer möge beschließen: den Erlass der Verordnung vom 30sten Mai d. J., wodurch der Zusammentritt der Wähler und der Kammer über die, durch den Art. 49. der Verfassungs-Urkunde festgesetzten Termine hinaus verschoben worden, als durch die Umstände gerechtfertigt zu erklären. Ein Verbesserungs-Antrag von Ammon und Genossen, welcher im Kommissions-Antrage die Worte: „nach Artikel 105. der Verfassung“ gestrichen wissen will, findet genügende Unterliegung. Ein Verbesserungsantrag von Gierke und Genossen, welcher dahin lautet, die Kammer wolle beschließen, daß sie sich nicht in der Lage befinde, einen rechtsgültigen Beschluß in dieser Hinsicht zu fassen, findet die nöthige Unterliegung nicht.

Abg. v. Brandt (für den Antrag). Wir alle wissen, welches die Ereignisse im Mai waren und wie sie sich drängten. Der Aufstand in Dresden, in Baden wurde vom Ministerium kräftig unterdrückt, aber dies reichte nicht hin; man mußte verhindern, daß er im eignen Lande das Haupt wieder erhebe. Allerdings ist der Art. 105. eine Art Rücktritt zum Absolutismus, aber besser der alte Absolutismus als Barrikadenregiment. Zu den wichtigsten Elementen einer geregelten Regierung gehört ein besonnenes Vertrauen zu den Lenkern des Staates.

Abg. Gierke (gegen den Antrag). Wir befinden uns in dem Falle, wo eine Staatsgewalt über die Rechtsgültigkeit der anderen abzuurtheilen hat. So lange die Grundzüge der Logik unumstößlich sind, so lange kann auch die einseitige Handlung einer Staatsgewalt, nur durch den Beschluß der anderen gleichberechtigten gestützt werden. Die Kammer kann bloß einen negativen Beschluß fassen, indem sie sagt, daß sie nicht in der Lage ist, zu beurtheilen, ob die schwebende zweite Kammer zu Recht besteht. Ich und meine politischen Freunde, wir halten es für ein Unglück, wenn ein Beschluß gefaßt würde, der das Gegentheil des Antrags besagt, dadurch würde die ganze Verfassung in Frage gestellt und eine neue Revolution stände in Aussicht. Die Revolution aber ist der letzte Rettungsversuch eines verzweifelnden Volkes. Darum haben wir nicht geglaubt, einen Antrag einbringen zu dürfen, durch dessen Annahme alle staatlichen Bande wiederum gelöst werden könnten. Als man nach Auflösung der zweiten Kammer abermals an das Volk appellirte, fanden Minoritätswahlen statt, ein Beweis, daß das Volk nicht mit dem oktroirten Gesetze einverstanden war. Die erste Kammer allein hat nicht die Macht, über die Kompetenz zu urtheilen, da zu einem solchen Urtheil auch die zweite Kammer denselben Beschluß fassen müßte, was nicht gut denkbar ist. Deshalb haben wir unseren Verbesserungs-Antrag gestellt. Wenn Sie einen Beschluß fassen, der gegen oder auch nur ohne innere Wahrheit ist, so wird er den Tod im Schooße tragen. (Beifall.)

Abg. Camphausen (für den Antrag): Die Befugniß, Verordnungen zu erlassen, mit Vorbehalt künftiger Bestätigung der gesetzgebenden Körper schließt allerdings nicht die Berechtigung in sich, einen der gesetzgebenden Körper selbst aufzulösen. Deshalb habe ich mich dem Amendement angeschlossen, welches die Streichung der Worte nach Art. 105 der Verfassung verlangt. Mein wichtigster Grund für den Antrag zu stimmen, ist, daß die erste Kammer beitragen muß, einen wahrhaft geregelten Zustand herbeizuführen. Durch das Wahlgesetz kommen wir der gleichen politischen Berechtigung näher, als durch das allgemeine Wahlrecht. Von einem Tugend Individuen macht nicht Eines ein Zwölfel; Bildung, Wissenschaft, Geist und Ansehen müssen in Anschlag gebracht werden. (Beifall.) Noch in den letzten Tagen des März des vergangenen Jahres habe ich mich gegen die allgemeinen Wahlen ausgesprochen, welche ich für unvereinbar mit einer Monarchie halte. Ich stimme für den Antrag. (Bravo.)

Am Ministertische haben sich noch Graf Brandenburg und v. Schleinitz eingefunden.

v. Ammon (gegen den Antrag): Es befindet sich im Antrage eine Unklarheit, wegen der ich mein Amendement gestellt habe. Die Handlungsweise des Ministeriums war durch unabwiesbare Nothwendigkeit geboten. In der Eröffnungsspeech hat das Ministerium nicht auf den Artikel 105 hingewiesen, um sich wegen Oktroirung des Wahlgesetzes zu rechtfertigen. Artikel 105 hat nicht einmal Anwendung auf Emanation organischer Gesetze, wie kann er bei Verfassungs-Veränderungen angewendet werden? Wenn der Volke, auf dem der Staat ruht, wankt und Alles hinzustürzen droht, dann muß eine neue Stütze geschafft werden; gleichviel ob sie aus dem Gatte des Gesetzes oder dem Urwalde der Natur geholt wird. Dann gilt der Spruch: Salus reipublicae suprema lex. Wir wollen das Ministerium von seiner Verantwortlichkeit embinden, aber nicht nach Art. 105. der Verfassung.

Minister des Innern: Das Ministerium ist von der Schwere der Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, überzeugt. Es ging dieser Verantwortlichkeit gegenüber mit der größten Offenheit zu Werke. Sie werden uns nicht versagen, daß dies geschehen ist. Nichts ist verschwiegen worden, weder Gründe, die für, noch solche, die gegen das Gesetz sprechen. Das Ministerium hat den Art. 105 allseitig, um formellen Einwendungen zu begegnen, da allerdings seine Verrechtigung bestritten worden ist. Daß die Verantwortlichkeit eine schwere ist, davon hat das Ministerium wider sich noch der hohen Kammer ein Fehl gemacht. Da der Art. 105 einmal allseitig ist, sehe ich nicht ein, weshalb man diese Worte gegen den Antrag der Kommission weglassen will. Dem Artikel wird nie ein anderer Sinn untergeschoben werden, als der, welchen ihm das Ministerium gegeben hat.

Abg. Burmeister spricht in einem langen Vortrage gegen den Kommissions-Antrag. Das neue Wahlgesetz sei nicht noth-



wendig gewesen, das beweisen die Minoritätswahlen; es sei auf dem Grundsatz basirt, daß derjenige das Recht hat, wer die Macht hat. Die Geschichte habe diesen Satz umgekehrt, wer das Recht hat, der soll die Macht haben. Der Redner wolle nicht die ultima ratio populi walten lassen, deshalb wolle er aber auch auf der entgegengelegten Seite die Gesetze nur auf gesetzlichem Wege ändern.

Die Kammer beschließt den Schluß der Debatte. Der Verbesserung-Antrag, die Worte: „nach Artikel 105 der Verfassungs-Urkunde“ aus dem Kommissionsbericht zu streichen, wird abgelehnt. Der erste Antrag der Kommission wird mit überwiegender Majorität angenommen.

Abg. Walter verliest als Berichtsfatter den zweiten Theil

des Kommissionsberichtes. Auch der zweite Antrag der Kommission wird mit überwiegender Majorität angenommen.

Schluß 2½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.  
Verantw. Redakteur: G. Hensel.

### Stadt-Theater in Posen.

Sonntag, den 9. September: Gastdarstellung des Herrn Wohlbrück, Regisseur des Stadt-Theaters zu Leipzig, des Herrn Dotter, vom Stadt-Theater zu Würzburg, und des Herrn Hanisch, vom Königl. Hof-Theater zu Dresden: Der Zeitgeist; Poffe in 4 Aufzügen von Dr. Raupach. (Junker Kaspar: Herr Dotter. — Baron von Burg: Herr Hanisch. — Schelle: Herr Wohlbrück.) Hierauf: Das Hausgefinde, oder: Lorenz Leiden und Verzweiflung; komische Oper in 1 Akt. Musik von Fischer. (Lorenz: Herr Wohlbrück.)

Statt jeder besonderen Anzeige mit tiefstem Schmerze Theilnehmenden die Mittheilung, daß es Gott gefallen hat, den 7. September a. c., Freitag, Nachmittags fünf Uhr, die Wittwe Pauline Göbel geborne Hielscher nach kurzem aber schwerem Krankenlager in ihrem 36ten Lebensjahre ins Jenseits abzurufen. Sonntag Nachmittags fünf Uhr sollen ihre irdischen Ueberreste auf dem evangelischen Kirchhofe zur Erde bestattet werden.

Posen, den 8. September 1849.

Marie Göbel, Tochter,  
Lehrer Hielscher, Bruder,  
Lehrer Friedrich, Schwager,  
im Namen der abwesenden Kinder, Eltern  
und Geschwister der Vollendeten.

### Wohlthätigkeit.

Für die Abgebrannten zu Szymborze sind ferner bei uns eingegangen:

3) R. 2 Rthlr. 4) W. 10 Sgr. 5) B. 20 Sgr. 6) J. 1 Rthlr. In Summa 6 Rthlr.

Posen, den 8. September 1849.

Die Zeit-Expedition von W. Decker & Comp.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung des zur Beheizung der Polizei-Bureau erforderlichen Brennholzes von circa 30 Klaftern Eichen-Klobenholzes für den Winter 1849/50 soll dem Mindestfordernden überlassen werden.

Hierzu ist ein Termin auf den 24ten d. M. Nachmittags 4 Uhr im Polizei-Directorio vor dem Herrn Polizei-Assessor anberaumt, und werden die Unternehmungslustigen zu demselben hierdurch mit dem Bemerkten vorgeladen, daß die Licitation-Bedingungen täglich während der Dienststunden in der Registratur eingesehen werden können.

Posen, den 4. September 1849.

Königl. Polizei-Direktorium.

### Bekanntmachung.

Die Serviszahlung für die im Monat August d. J. hier einquartiert gewesenen Truppen erfolgt am 10ten, 11ten und 12ten dieses Monats.

Posen, den 8. Septbr. 1849.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Am 11ten d. M. Dienstag Nachmittags 4 Uhr sollen auf der sogenannten Graffower Wiese, welche der Kammer gehört, mehrere Haufen Heu an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Kaufzige werden hierzu eingeladen.

Posen, den 7. September 1849.

Der Magistrat.

Das Königl. Kreisgericht zu Posen.

Erste Abtheilung, für Strafsachen.

Posen, den 6. Juli 1849.

### Edictal-Citation.

Auf den Antrag des für das hiesige Königl. Kreis-Gericht bestellten Polizei-Anwalts ist gegen den Schneidergesellen Eduard Noak aus Krotochin gebürtig die Untersuchung

a) wegen Anfertigung einer falschen schriftlichen Urkunde zum besseren Fortkommen,  
b) wegen Veruntreuung anvertrauten Gutes, eröffnet und zur öffentlichen mündlichen Verhandlung der Sache ein Termin auf den 7ten December d. J. früh um 9 Uhr im Verhörszimmer No. 4. unseres auf der Friedrichstraße unter No. 35. belegenen Geschäftshaus anberaumt worden.

Zu diesem Termine wird hierdurch der Angeklagte Eduard Noak, welcher sich zuletzt, so viel bekannt, in Schneidemühl aufgehalten hat, und dessen jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, mit der Aufforderung vorgeladen,

zur festgesetzten Stunde zu erscheinen und die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen, oder solche dem Richter so zeitig vor dem Termine anzuzeigen, daß sie zu demselben noch herbeigeschafft werden können, widrigenfalls im Falle seines Ausbleibens mit der Untersuchung und Entscheidung in contumaciam verfahren werden wird.

Als Belastungszeugen sind zu dem Termine vorgeladen:

- a) der Schneidermeister Ebel,
- b) der Schneider-Oberälteste Wockel,
- c) der Herbergsvater Höhne,
- d) der Altgehilfe Teschberg,
- e) der Fleischergehilfe Franz Staglewski aus Kurnil.

### Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Rawicz,  
den 3ten Juli 1849.

Das dem Gutsbesitzer Rudolph Pohley gehörige, bei dem Dorfe Szymanowo belegene, ½ Meile von Rawicz entfernte Vorwerk Karlsruh von 303 Morgen 53 □ Ruthen Flächenraum, abgeschätzt auf 13,487 Rthlr. 17 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Verbindungen in der Registratur einzuschendende Tare, soll am 20ten Februar 1850 Vor- und Nachmittags an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts Abtheilung I. für Civil-Sachen werde ich in loco Gerberstraße Nr. 51 am 11. d. M. um 10 Uhr Vorm. eine neue Kutsche an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkaufen.

Karpinski, Commiss.

### Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts — Erste Abtheilung — werde ich am 13. Septbr. c. früh 11 Uhr auf dem Graben Nr. 3 ein Mahagoni-Pianoforte, eine Mahagoni-Servante und ein Kleiderspind öffentlich verkaufen.

Posen, den 5. September 1849.

Wegner, Auctuator.

## Auction.

Dienstag, den 11. September Vormittags von 10 Uhr ab, sollen Krämer-Gasse No. 7. im Jacob Königsbergerschen Hause mehrere Möbels, Haus- und Küchengeräthe, eine Tischuhr nebst verschiedenen anderen Gegenständen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschüß.

### Bekanntmachung.

Die Erben des verstorbenen Kaufmann J. F. Regenborn beabsichtigen, die ihnen zugehörigen, in der hiesigen Stadt etablirten Fabriken, nämlich:

- 1) das unmittelbar am schiffbaren Strom gelegene Eisen-Walzwerk, benannt Anna-Hütte, von zwei Dampfmaschinen getrieben, mit drei Puddelöfen und vollständigem Inventarium (das einzige Werk dieser Art in der Provinz),
- 2) die Vulcan-Eisengießerei mit vollständigem Inventarium und allen erforderlichen Werkstätten,

aus freier Hand zu verkaufen, und haben mich damit beauftragt, jede wünschenswerthe nähere Auskunft zu ertheilen, auch die speciellen Bedingungen mitzutheilen und Offerten entgegenzunehmen. Diejenigen, die hierauf zu reflektiren geneigt sind, ersuche ich daher, sich in portofreien Schreiben, oder persönlich, gefälligst an mich zu wenden, und erlaube mir hierbei, darauf aufmerksam zu machen, daß durch die bestimmte Aussicht, in kurzer Zeit die Eisenbahn hierher geführt zu sehen, die Rentabilität dieser Fabriken wesentlich gehoben wird.

Königsberg in Pr., den 27. August 1849.

Cruse, Rechts-Anwalt.

Ein Haus in der besten Geschäfts-Gegegend der Stadt, das sich sehr gut verrentirt, soll Familien-Verhältnisse halber verkauft werden. Verschiedene Hypothekenschulden können auf dem Hause stehen bleiben, auch kann ein Theil des Kaufgeldes auf die Hypothek eingetragen werden. Selbstkäufer wollen ihre Adresse unter „D. C.“ in der Expedition der Posener Zeitung abgeben.

## Borussia.

Die Feuer-Versicherungs-Anstalt Borussia zu Berlin übernimmt die Versicherung gegen Feuergefahr auf Mobiliar, Waaren und Getreide u. und leistet Ersatz nicht nur für den Schaden, der durch Verbrennen, sondern auch durch Ketten, Räumen, Abhandeln kommen, oder die zur Hemmung des Brandes notwendig geworden abfichtliche Vernichtung entstanden. — Deklaration, Beschreibung der Gebäude, so wie jede beliebige Auskunft, werden sowohl durch den unterzeichneten Haupt-Agenten wie auch durch den

**Special-Agenten Herrn Heinrich Grunwald** bereitwilligst ertheilt.

**Benoni Raschel,**  
Haupt-Agent, Breite Straße No. 22.

**Heinrich Grunwald,**  
Special-Agent, alt. Markt No. 43.

### Pferde-Verkauf.

Freitag den 21sten September d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Wilhelmsplatz hieselbst circa 50 Stück zur Ausrangirung kommende Dienstpferde des Königl. 7ten Husaren-Regiments gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, was hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Posen, den 2. September 1849.

Das Kommando des Königl. 7ten Husaren-Regiments.

### Schul-Anzeige.

Der ersten Klasse meiner Anstalt steht zu Michaeli d. J. mit dem Lehrerwechsel zugleich in der Art eine Veränderung bevor, daß sie vorzugsweise die Heranbildung von Knaben für das Gymnasium und ein Kadettencorps sowohl, als auch für das Geschäftsleben zur Aufgabe haben soll.

Außer in den gewöhnlichen Lehrfächern und in der lateinischen und polnischen Sprache wird noch in der französischen und in der Mathematik Unterricht ertheilt werden, so daß Knaben, welche den vollständigen Kursus durchgemacht haben, zur Aufnahme in Quarta befähigt sein müssen.

Anmeldungen erbitte ich mir in den Stunden von 12 bis 2 Uhr. Zugleich erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich bei dem gegenwärtig stärkeren Besuche meiner Anstalt den Preis des Schulgeldes herabgesetzt habe: es beträgt für die unterste Klasse vierteljährlich 2 Rthlr., für die zweite 3 Rthlr. und für die oben näher bezeichnete erste Klasse 4½ Rthlr.

Emrich.

In der Neuenstraße No. 4. ist im zweiten Stock ein Saal 3 Fenster Front mit Möbel, nebst 1 Pferdestall, vom 1sten Oktober ab zu vermieten.

Anschüß.

### Wohnungs-Anzeige.

Eine Wohnung von 3 Stuben, 1 Küche mit vielem Nebengelaß und einem Garten, ist vom 1sten Oktober c. ab zu vermieten. Wo? ist in der Posener Zeitungs-Expedition zu erfahren.

## Ausverkauf.

Um den Ausverkauf meines Tuchgeschäfts schnell zu bewerkstelligen, werden die Preise für alle auf meinen Lager noch vorräthigen Tuche, Buksens u. 20 % unter den Einkaufspreis gestellt.

Leon Kantorowicz,  
Markt Nr. 55.

## Die Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt,

durch Unterzeichneten vertreten, empfiehlt sich zur Annahme von Versicherungen zu festen und billigen Prämien. Ignaz Pulvermacher, Markt No. 92.

Die auf Gegenseitigkeit und Oeffentlichkeit gegründete, durch Solidität und Billigkeit sich vielfach bewährte

## Brandversicherungsbank

für  
**Deutschland in Leipzig**

nimmt Versicherungen jeder Art gegen Feuersgefahr an und ertheilt Auskunft durch

Die General-Agentur,

Kammerplatz No. 18. an der Brodhalle

und durch  
den Specialagenten Herrn L. A. Pecher

im Colosseum, Bronkerstraße.

Eine Sendung von Engl. geräucherten Herings empfangen und empfiehlt das Stück zu 9 Pfennigen, in größeren Partien das Stück 1 Rthlr. Rosenstein, Wasser- u. Klosterstraßen-Ecke.

Die seit 35 Jahren hierorts auf der Schloßstraße und Markt-Ecke No. 84. bestehende Delhandlung und Raffinerie empfiehlt ihr anerkannt bestes raff. Rüböl zum billigsten Engrospreise.

Posen, im September 1849.

Adolph Asch.

## Nicht zu übersehen!

Einen großen Transport von allen Sorten besten Schuhmacher-Lanz-Garns, wie auch kupfernen Abfagstifen habe ich direct aus England erhalten, und bin im Stande, die genannten Waaren zu höchst billigen Preisen zu verkaufen.

Posen, Breslauerstraße No. 22.

Julius Horwitz.

Neuestraße No. 4. sind 2 Schausenster und 1 Mahagoni-Ladentisch zu verkaufen.

### Anzeige für Zahnfranke.

Hier angekommen im Hôtel de Bavière, Wilhelmstraße No. 26, empfehle ich mich den gebräuteten Zahnpatienten zum Einsetzen künstlicher Zähne und ganzer Gebisse, so wie zu allen vorkommenden Zahnoperationen und Mundkrankheiten. Mein Aufenthalt dauert 8 Tage, weshalb ich bitte, sich ohne Säumen an mich zu wenden.

E. Thiele,  
prakt. Zahnarzt aus Berlin.

Von einer Badereise zurückgekehrt, habe ich mein Daguerreotyp-Atelier wieder eröffnet und empfehle mich zu geneigtem Zuspruch.

Bernhard Fiehnne,  
Wilhelms-Straße No. 7.

## Möbel-Verkauf.

Da ich in meinem Möbel- und Polsterwaaren-Magazin, Markt No. 55, einen bedeutenden Vorrath von verschiedenen Möbeln, worunter moderne Berliner, wie auch Spiegel von jeder Qualität und Größe fertig habe, so werden dieselben zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.

J. S. Königsberger.

Meinen bedeutenden Vorrath von Tapeten in den neuesten Dessins empfehle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen.

## Nathan Chariq,

vormals Beer Mendel, Markt No. 90.

Die Materialhandlung im Hôtel de Saxe soll wegen eingetretener Umstände verkauft werden. Näheres daselbst.

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich meine Wohnung von der Friedrichstraße nach der Berlinerstraße No. 13. verlegt habe.

F. Schackert,  
Lohnfuhrmann.

Importirte und Bremer Cigarren empfiehlt billigt

J. Caspari, Wilhelmsstr. No. 8.

Gutes Stettiner Lager-Bier empfiehlt

Posen, alten Markt No. 79.,  
Schubert.

Zum Mittagstisch pr. Monat 3 Rthlr. laden ein  
E. Vittel, Jesuitenstr. No. 8.  
Auch die beliebten Sahn-Plat's sind jederzeit bei mir zu haben.

## Urbanowo.

Heute Sonntag den 9ten September: Großes Konzert, ausgeführt vom Musik-Corps des Königl. 7ten Hus. Regts. Anfang 4 Uhr.

## Im Städtchen

morgen Montag den 10ten d. M. Konzert mit Saiten-Instrumenten à la Gung'l. Entrée à Person 2½ Sgr. Familien 5 Sgr. Rufus.

Dienstag den 11ten d. Mts. Abends ist in der Wilhelmstraße eine seidene Mantille gefunden worden. Die Eigenthümerin kann sie gegen Erstattung der Insertionsgebühren auf dem Kernwerk, Feldwebelstraße No. 35, in Empfang nehmen.